



Der Pflegekosten-Alarm

Das Team K fordert, dass die **Lohnerhöhungen** für die **AltenpflegerInnen** nicht mehr auf die BewohnerInnen abgewälzt werden.



SEITE 6

Maria Elisabeth Rieder

„Der Fehler liegt im System“

Lohnerhöhungen für die Bediensteten in den **Seniorenwohnheimen** ja – Kostenabwälzung auf die Familien nein: Das **Team K** fordert jetzt eine Überarbeitung der **Finanzierung** von Seniorenwohnheimen.

von Artur Oberhofer

Die Landtagsabgeordneten des Team K schlagen Alarm: „Die Tarifierhöhungen der letzten Jahre in Südtirols Seniorenwohnheimen bringen viele ältere Menschen und ihre Familien an die Belastungsgrenze.“ Grund dafür sei die derzeitige Finanzierungsstruktur, die dazu führe, dass ein Teil der gestiegenen Personalkosten über höhere Tagessätze – also direkt über die Heimbewohnerinnen und Heimbewohner – finanziert wird. Die Landtagsabgeordnete Maria Elisabeth Rieder schlägt nun in einem Beschlussantrag an den Südtiroler Landtag einen neuen Weg vor: Die kollektivvertraglichen und inflationsbedingten Personalkostensteigerungen sollen zukünftig vollständig durch öffentliche Mittel finanziert werden.

Maria Elisabeth Rieder sieht dringenden Handlungsbedarf: „Für viele Familien wird der Heimaufenthalt zur finanziellen Dauerbelastung, diese Entwicklung ist nicht mehr tragbar.“

Der Hintergrund: Im Dezember 2024 wurden die Finanzierungsparameter der Seniorenwohnheime neu festgelegt.

Das Land übernimmt rund 90 Prozent der Mehrkosten, etwa 10 Prozent bleiben bei den Einrichtungen. Was auf dem Papier nach einer Entlastung aussehe, führe in der Praxis zum Gegenteil, erklärt die Team K-Sozialpolitikerin Maria Elisabeth Rieder: Diese 10 Prozent würden nämlich von den Einrichtungen über höhere Tagessätze finanziert – und damit direkt an die Bewohnerinnen und Bewohner sowie ihre Familien weitergereicht.



Foto: Symbolfoto © 123RF.com

Seniorenheim in Südtirol, Maria Elisabeth Rieder: „Wenn Pflegekosten schneller steigen als Einkommen und Renten, läuft etwas falsch“

Die Folge: Die Pflege wird teurer – und zwar deutlich stärker als die Inflation.

Maria Elisabeth Rieder zeigt an einem konkreten Beispiel die Entwicklung auf: Im Bürgerheim „ÖBPB zum Heiligen Geist“ in Brixen stieg der Tagessatz für ein Einzelzimmer von 62,73 Euro im Jahr 2024 auf 77,90 Euro im Jahr 2026 – ein Plus von über 24 Prozent.

„Für viele Heimbewohnerinnen und Heimbewohner – und insbesondere für ihre Angehörigen – bedeutet das Mehrkosten von mehreren tausend Euro pro Jahr innerhalb kurzer Zeit“, gibt Maria Elisabeth Rieder zu bedenken. „Es ist wichtig und richtig, dass Lohnerhöhungen für das Pflegepersonal gemacht werden. Aber es ist falsch, diese Kosten über die

Tagessätze an die Betroffenen abzuschieben“, sagt die Team K-Exponentin. Gerade pflegebedürftige Menschen hätten keine Alternative, und auch Angehörige seien oft

überprüfen und so anzupassen, dass der von den Einrichtungen zu tragende Kostenanteil nicht mehr über den Tagessatz – und damit nicht zu lasten der Heimbewohnerinnen und

„Die kollektivvertraglichen und inflationsbedingten Personalkostensteigerungen sollen künftig vollständig durch öffentliche Mittel finanziert werden.“

Maria Elisabeth Rieder

verpflichtet, die steigenden Kosten mitzutragen. „Der Fehler liegt hier klar im System“, sagt Maria Elisabeth Rieder.

Mit ihrem Beschlussantrag fordert Maria Elisabeth Rieder daher, die bestehende Finanzierungsstruktur der Seniorenwohnheime zu

Heimbewohner sowie deren Angehörigen – finanziert wird.

Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass Personalkostensteigerungen im Pflege- und Betreuungsbereich künftig vollständig durch öffentliche Mittel – insbesondere über den Einheitsbetrag des Landes – gedeckt und nicht über den Tagessatz weitergegeben werden.

Maria Elisabeth Rieder erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass auch der Verband der Seniorenwohnheime Südtirols, Vertreter verschiedener Rentnergewerkschaften und der Verbraucherschutzverein Robin Kritik an der derzeitigen Situation geübt hätten. Die Team K-Landtagsabgeordnete sieht also die Landespolitik in der Pflicht. Maria Elisabeth Rieder: „Wenn selbst Einrichtungen, Interessenvertretungen und der Verbraucherschutz Alarm schlagen, kann die Politik nicht länger wegsehen. Wenn Pflegekosten schneller steigen als Einkommen und Renten, läuft etwas grundlegend falsch – die öffentliche Hand muss hier klar gegensteuern, im Interesse der Betroffenen.“